

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei Bestellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Wohnbezugs nehmen sämtliche Verkauften Bestellungen entgegen. Unter Kreuzband bezogen für Deutschland und Österreich 12,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., zuzüglich Zahlungsbefehl, der Brief für Deutschland und Österreich 30,- M. Subskription, Expedition und Verlag: Berlin S 2, Breite Straße 24.

Die achtspaltige Annoncenzeile über deren Raum kostet 5,- M. einschließlich Steuerzuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgesetzte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Steuerzuschlag. Sonstige Anzeigen laut Tarif. Wort 1,50 M., einschließlich Steuerzuschlag. Sonstige Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Briefwechseln 2,50 M. extra pro Zeile. Gedruckt in der Reichsdruckerei. Das festgesetzte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4516, 4602, 4635, 4642, 4923

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Eröffnungssitzung in London

Simons eröffnet die Konferenz

London, 1. März.

Gestern Abend sandte Lloyd George seinen ersten Sekretär Morris Hankey zu Dr. Simons mit der Mitteilung, daß die erste Zusammenkunft bereits Dienstag um 11 Uhr 30 Minuten im Lancaster House stattfinden werde. Als Programm ist vorgesehen, daß Simons keine Eröffnungsansprache halten werde, wobei es allerdings noch nicht feststeht, ob er bereits die deutschen Gegenvorschläge bekanntgeben wird. Die Alliierten halten heute nachmittag unter sich eine gemeinsame Beratung ab. Morgen erfolgt im St. Jamesplatz die Antwortrede Lloyd Georges.

Der gestrige Tag wurde von den Alliierten zur eingehenden Beratung benutzt, ob der Artikel 233 des Friedensvertrages die Möglichkeit bietet, die Strafmaßnahmen gegen Deutschland sofort in Vollzug zu setzen, falls die deutschen Gegenvorschläge für die Alliierten unannehmbar seien.

Englisch-französische Differenzen wegen der Strafmaßnahmen

Aus der heutigen Pariser Morgenpresse geht fast mit Zweifelslosigkeit hervor, daß Lloyd George englischerseits gegen die Auslegung der französischen Regierung über die Anwendung des Artikels 233 Einwendungen, wenn nicht gar Schwierigkeiten erhoben habe. Man hat aus den Berichten des "Matin" und "Echo de Paris" den Eindruck, als ob Lloyd George sich in der Frage der Sanktionen den Wünschen Frankreichs nicht gefügig zeige. Kurz zusammengefaßt, ist der französische Standpunkt folgender:

Entweder die Pariser Abmachungen vom 29. Januar sind vollständig in Ordnung und können dann sofort vollzogen werden, oder aber diese Abmachungen können erst am 1. Mai ins Leben treten, und dann beginne der Versailler Friedensvertrag seine volle Tätigkeit. Die Regierung und Presse Frankreichs bemühen sich nachzuweisen, daß Deutschland bereits jetzt so viele Bedingungen des Versailler Vertrages und des Abkommens von Spaan nicht erfüllt habe, daß zweifellos dadurch das Recht gegeben sei, den § 233 im französischen Sinne auszulegen und die Strafmaßnahmen sofort zu verwirklichen. Ueber den Charakter derselben ist übrigens bisher kein Einvernehmen zustande gekommen.

In den englisch-französischen Debatten über den Artikel 233 des Friedensvertrages ist zu bemerken, daß aus seiner Fassung weder formell noch tatsächlich das Recht abgeleitet werden kann, vor dem 1. Mai 1921 wegen etwaiger Ablehnung der Ententeforderungen irgendwelche Strafmaßnahmen in Kraft treten zu lassen. Der Artikel 233 sagt ganz eindeutig, daß bis zum 1. Mai 1921 die Wiedergutmachungskommission die Höhe der Schäden, die Deutschland angerechnet werden, als Gesamtbetrag der Deutschen Regierung mitzuteilen hat. Mit den Pariser Beschlüssen, über die ja Deutschland gehört werden soll, die also gewissermaßen zur Debatte stehen, hat die Entente einen anderen Weg eingeschlagen, der zwar unter Umständen vernünftiger sein kann, im Versailler

Vertrag aber nicht vorgesehen ist. Es ist aber unmöglich, zur Unterstützung eines vom Vertragswortlaut abweichenden Verfahrens die Strafmaßnahmen in Anwendung zu bringen, die nur im Zusammenhang und in der Auswirkung der Vertragsbestimmungen selbst ihre rechtliche Kraft haben.

Gegen das Säbelrasseln

London, 28. Februar.

"Star" führt aus, das Säbelrasseln zu Beginn der Reparationskonferenz hätte lieber unterbleiben sollen. Es wäre besser gewesen, man hätte sich klargemacht, daß Deutschland für die Zerstörungen, die es in Belgien und Frankreich angerichtet habe, zwar zahlen müsse, daß jedoch der Gedanke, Deutschland müsse 42 Jahre lang als eine Art von Sklavenstaat für seine Besieger arbeiten, unbedingt zu verwerfen sei. Die Engländer mühten sich jetzt lieber vor Augen halten, wenn die Franzosen es nicht täten, daß, wenn man Deutschland arm und verblüht als Sklavenstaat halten wolle, dies nur geschähe könne, indem man dem inneren Handel Europas schade und den inneren Frieden Europas vernichte. Das Blatt hofft, die britische Regierung, und wenn nicht diese, dann das britische Volk, würden deutlich zu verstehen geben, daß, wenn Joch nach Berlin marschiere, dies nicht mit den Engländern und nicht mit ihrer Zustimmung geschehe werde. "Star" fährt fort:

Die Männer und Frauen dieses Landes haben den Krieg satt und haben den Frieden satt, den die Staatsmänner ihnen seit dem Waffenstillstand gegeben haben, diesen Zustand, der weder der Krieg noch Frieden ist. Sie sind nicht bereit, den Welt innerer Industrie und innerer Handels dahin zu werfen, was hin schon soviel gegangen ist, in den Schlund des Krieges. Nein, sie lassen sich nicht länger antreiben durch Schatzkriege, die Fortführung militärischer Operationen, die Verschwendung wirtschaftlicher Sperrern und die Verletzung von Sklavenstaaten.

Das Blatt bezeichnet den von Deutschland geforderten Betrag als weit größer, als den tatsächlich von Deutschland in Frankreich angerichteten Schäden und gibt beiden Teilen auf der Konferenz den Rat, vernünftig zu handeln und einen wirklichen und dauerhaften Frieden zustande zu bringen.

"Weltmeister Gazette" schreibt, von dem richtigen oder falschen Beschluß, der gefaßt werde, hänge wahrscheinlich der Weltfrieden ab, weil die deutsche Mitarbeit so vital für jede Regelung sei, die Bestand haben solle. Man erkläre, es sei fast Verzicht, wenn man das anhöre, was die deutschen Delegierten zu sagen haben. Und bevor die Deutschen noch gesprochen haben, redeten hervorragende Persönlichkeiten bereits laut darüber, was getan werden solle, wenn die Deutschen sich weigerten, zu parlieren. Diese Frage könne jedoch nicht durch lautes Gerede und die gepanzerete Faust geregelt werden. Hier sprächen nur Tatsachen, und jede Regelung, die gegen diese Tatsachen gemacht werde, werde, wenn sie auch noch so sehr als ein Werk der Vernunft von den Völkern begründet werde, nicht das Papier wert sein, auf das sie geschrieben sei. Das Blatt fährt fort, kein Geschäftsmann glaube ernstlich an Zahlen, die auf 40 Jahre verteilt seien, oder an irgendeinen der phantastischen Pläne, Deutschland in der Zahl zu lassen, ohne deutsche Waren anzunehmen. Die Alliierten mühten Waren oder Dienste in der einen oder anderen Form annehmen. Auf diese Weise könnten die Alliierten sich eine wesentliche Summe sichern.

Die Partei Noske

Das Geschäft mit der Stimmepartei

In zwei Wochen jährt sich der Tag, an dem der Bankrott der von der rechtssozialistischen Partei unter dem Banner Noskes betriebenen Politik auch dem denkfaulsten Arbeiter offenbar geworden ist. Jede andere Partei, die etwas auf politischen Anstand hält, hätte einen Mann mit einer solchen Vergangenheit schimpflich aus ihren Reihen ausgestoßen. Nicht so die Rechtssozialisten. Noske mußte nach dem Kapp-Putsch zwar von seinem Posten als Reichswehrminister zurücktreten, aber auf Drängen des Herrn Ebert und seiner Freunde bekam er als Entschädigung eine Einkure, den Oberpräsidentenposten von Hannover. Einige Zeitlang hat man von Noske nicht viel mehr gehört, und es schien so, als ob die noskefeindliche Strömung in der rechtssozialistischen Partei soweit an Kraft gewonnen habe, daß dieser Mensch, der an der Schwandung der Revolution, an der Schwächung der Arbeiterbewegung, an der Stärkung der Reaktion die Hauptschuld getragen hat, dauernd zum Schweigen verurteilt worden wäre. Dieser Schein hat getrogen. Noske ist wieder da. Er scheint seine Zeit aufs neue gekommen zu sehen.

Er hat es als seine oberpräsidiale Pflicht erachtet, den Einfluß der Militärs in der seiner Verwaltung unterstellten Provinz wieder zu befestigen, und er gab damit seinen militärisch-perversten Neigungen Ausdruck. Einige Tage vor der Preußenwahl fühlte er sich berufen, auch dem Partikularismus seinen fördernden Schuß zu gewährleisten. In Harburg erklärte er, daß er sich gegen die Zusammensetzung des Hamburger Wirtschaftsgerichts, zu dem auch Harburg gehört, wenden würde, und er versicherte dem Harburger Unternehmern außerdem, daß zu ihrem Schutze mehrere Hundertschaften der Sigonach Harburg verlegt werden sollen.

Runmehr kehrt Noske aus seiner provinziellen Stille wieder zur Reichspolitik zurück. Im gestrigen "Achtuhr-Abendblatt" veröffentlicht er einen Artikel, worin er seinen Parteigenossen zuredet, daß sie sich nicht nur in Preußen, sondern auch im Reich mit der Stimmepartei zur Regierungsbildung zusammenschließen sollen. Nach einem solchen Witz über die Unabhängige Sozialdemokratie sagt er den Rechtssozialisten, daß sie über das Wahlergebnis doch nicht so erfreut zu sein brauchen, denn ihre Stimmenzahl und ihr Mandatbesitz sei doch erheblich geringer als zu Anfang des Jahres 1919. So wie in Preußen sei es ihnen auch in Hamburg ergangen, wo sie die bisherige Mehrheit in der Bürgerschaft verloren haben. Die Opposition der Rechtssozialisten im Reichstag, so meint Herr Noske weiter, sei in Wahrheit keine Opposition. Sie übten zwar oft Kritik, hüteten sich jedoch, der Regierung erste Schwierigkeiten zu machen, durch die ihr Sturz herbeigeführt werden könnte. Alle oppositionellen Reden änderten aber nichts an der Tatsache, daß die Rechtssozialisten zu einem großen Teil die moralische Verantwortung für die Reichspolitik mitzutragen hätten. Und nun kommt der eigentliche Kern des Artikels:

Differenzen zwischen der britischen Regierung und der Reichsregierung, wie sie in letzter Zeit in Erscheinung traten, sind sehr unerfreulich, doch braucht das Reich daran nicht kaputt zu gehen, besonders wenn der Reichstagsrat energischen Willen gegen Bayern geltend macht. Ein Gegensatz zwischen preussischer Politik und Reichspolitik, der auf manchen Gebieten in letzter Zeit scharf in die Erscheinung getreten ist, darf nicht mehr lange fortbestehen, wenn nicht schwerer Schaden entstehen soll. Es geht auch nicht an, daß preussische und Reichsmilitär offensichtlich scharfe Auseinandersetzungen haben, aber daß der hohe Beamte eines Reichsmilitärs den preussischen Ministerpräsidenten in der Presse mit schärfsten Ausdrücken attackiert. Dabei kommt der Regierungsapparat total in Unordnung. Da die Reichsregierung die meisten Gebiete nur bescheiden lassen und Anordnungen erteilen kann, zur Durchführung jedoch des großen preussischen Verwaltungsapparates bedarf, muß nachdrücklich eine möglichst weitgehende Übereinstimmung der Anschauungen der regierenden Männer im Reich und in Preußen angestrebt werden. Diese Gleichartigkeit der Meinungen ist zur Zeit nur erreichbar durch eine Verbreiterung der Koalition in Preußen durch Heranziehung der Deutschen Volkspartei und im Reich durch den Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung. Durch die Erzwingung von neuen Reichstagswahlen, die aber in dem Augenblick nicht zu verantworten ist, wo Deutschlands Unterhändler nach London den schwersten Gang antreten, der jemals von deutschen Sachwaltern getan werden mußte, würde vorerst nichts erreicht, denn bei annähernd gleicher Stimmenverteilung auf die Parteien wie bei der Preußenwahl würde sich für die frühere Koalition im Reich auch keine Grundlage von dauernder Tragfähigkeit ergeben...

Daß die sozialdemokratische Partei von den Reichsparteiern fern im Wahlkampf hart verunglimpft wurde, wird keinem verständigen Politiker zu einer Berührungsoffiziel veranlassen. Man will sich nicht zu einer Viederesheit anjammeln, sondern aus nächster Nähe, früher Erwägung ein Stück Weges zusammengehen, da angenehmere Marschgenossen zurzeit nicht zu haben sind. Wenn man sich über das Ziel, das heißt über das gemeinsame Programm unterhält, ist geschäftsmäßig abzuwägen, was jeder zu bieten und zu leisten hat.

Noske spricht damit das aus, was auch andere rechtssozialistische Parteiführer in Wahrheit bewegt. Ihnen ist die Politik nicht die Uebertragung des Willens der Arbeiterklasse zur Eroberung der politischen Macht und zur Umwäl-

Große internationale Kundgebung in München

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

München, 1. März.

Gegen die nationalistische Hege, die in Bayern in den letzten Wochen das Feld behauptet, veranstaltete die U. S. P. D. München im Anschluß an die Wiener internationale Konferenz in den drei größten Sälen Münchens eine gewaltige internationale Kundgebung. Es sprachen von der französischen Delegation Longuet, Mikral, Faure, Brade, von den Engländern Riles, Shingell, ferner Genosse Crispian und die Genossinnen Wurm und Zieg. Alle drei Versammlungen waren überfüllt. Es herrschte darin eine begeisterte Stimmung. Die Versammlungen bewiesen, daß die Münchener Arbeiterklasse entschlossen ist, alle Versuche, die gespannte internationale Lage zur Verheerung im nationalistischen Sinne zu mißbrauchen, energig abzuwehren.

Der Ueberfall auf Georgien

Ueber die Lage in Georgien stehen sich widersprechende Meldungen gegenüber. Während von der Berliner Vertretung Georgiens mitgeteilt wird, daß der Zusammenbruch der bolschewistischen Truppen an der georgischen Grenze einen Aufstand in Armenien und den Sturz des dortigen Sowjetregimes nach sich gezogen habe, wird die schon gestern von Hansas gemeldete Einnahme von Tiflis durch die Sowjettruppen bestritten. Die Konstantinopeler Havasmeldung besagt weiter, daß die georgische Regierung, die Verwaltungen und die Fremdenkolonien sich nach Batum und Kutais zurückgezogen haben. Die Truppen Georgiens hätten zwischen Gagraj und Sushum eine Niederlage erlitten. Die Stadt Poti sei bedroht. Man wird genauere Nachrichten abwarten müssen, um klar zu erkennen, wie es um Georgien steht. Auf jeden Fall ist die Moskauer Beschwichtigungstende von der angebotenen Vermitt-

lung lägen gestraft und die Welt erlebt das unwürdige Schauspiel, daß ein sozialistischer Staat vom anderen militärisch angegriffen wird. Man kann gespannt sein, mit welcher "marxistischen These" die Moskauer Nachhaber diese neue Verletzung der internationalen sozialistischen Solidarität glossieren. Rumänien und Polen haben Georgien de jure anerkannt.

Die Orientkonferenz

London, 1. März.

Die griechische Abordnung lehnte den Vorschlag der Alliierten, eine Armee nach Libanon und Kleinasien zu entsenden, von sich aus ab und erklärte, die Frage müßte der verfassungsmäßigen Nationalversammlung vorgelegt werden. Die griechische Abordnung kann die Antwort aus Athen erst in einer Woche erwarten.

Die türkischen Delegierten übergaben der Entente ein Memorandum, das ihre Ansprüche auf Grund des Friedensvertrages von Sèvres bekanntgibt. Die Alliierten berieten gestern über die der Türkei zu erteilende Antwort.

Die Aburteilung der Kriegsverbrecher

In der Montagsitzung des englischen Unterhauses sagte in Erwiderung auf eine Anfrage der Generalstaatsanwalt, er habe sich am vorigen Freitag mit den zwei deutschen Vertretern, die zu dem Zweck aus Leipzig hergekommen seien, über die Frage der Aburteilung der Kriegsverbrecher besprochen. In gewissen Punkten des Verfahrens, die noch festgesetzt werden mühten, sei eine Einigung erzielt worden. Man hoffe, daß die ersten Kriegsverbrecher etwa in einem Monat vor dem Reichsgericht in Leipzig erscheinen könnten. Der Generalstaatsanwalt fügte hinzu, wir beabsichtigen, nach Leipzig britische Vertreter zu entsenden, die bei den Gerichtsverhandlungen zugegen sein werden.

Scherkrell in Budapest. Die Zeitungsseker sind wegen Lohnforderungen Montag früh in den Zustand getreten.

zung der kapitalistischen Wirtschafts- und Staatsverhältnisse, sondern lediglich ein Geschäft. Was der „Vorwärts“ in der vorigen Woche in der Sprache der bürgerlichen Naturwissenschaftler und Nationalökonomien zu umschreiben versuchte, das nun im Bunde mit den kapitalistischen Mächten eine Höherentwicklung der Arbeiterklasse möglich sei, das wird von Moske jetzt in deutlicher Form gebracht.

Man darf freilich nicht glauben, daß Moske aus eigenem Antriebe wieder als der Lehrmeister seiner Partei auftreten darf. Die Neuwahl des Reichspräsidenten steht vor der Tür. An einer anderen Stelle seines Artikels sagt er, das Fernbleiben der Rechtssozialisten aus der Reichsregierung habe zur Folge gehabt, daß seitdem kein Mann ihrer Partei mehr in ein Reichsamt gekommen sei. Und das ist eigentlich das, worauf es den Koskiden ankommt. Das Geschäft mit der Deutschen Volkspartei, mit Sinnnes und Konsorten, soll abgeschlossen werden, damit Herr Ebert mit deren Hilfe wieder auf den Präsidentensessel klettern kann.

Wenige Tage sind erst seit der Preußenwahl vergangen. Nun fallen die Masken. Die rechtssozialistische Partei zeigt ihr wahres Gesicht. Sie will wieder offen zur Koskepartei werden, sie glaubt, die Arbeiter hätten schon vergessen, was dieser Fanghund der Reaktion ihr angetan hat. Wir vertrauen jedoch darauf, daß das Klassenbewußtsein der Arbeiter die Geschäftemacherei der Koskepartei über den Haufen werfen wird!

In seiner heutigen Morgenausgabe meißt der „Vorwärts“, Moske stünde mit seiner Auffassung in seiner Partei so gut wie allein. Das Blatt muß aber sofort zugeben, daß sich schon ein anderes Blatt, nämlich die „Kämpferische Volkstimme“ in Cottbus, die von Bernhard Kauch, dem ehemaligen Gefährten von Moske, geleitet wird, in ähnlichem Sinne ausgesprochen hat. Niemand, so sagt der „Vorwärts“ weiter, habe Sehnsucht danach, mit der Sinnnespartei zusammen zu regieren. In Wirklichkeit werden diese Dinge, wie Moske es richtig bezeichnet, bei den Rechtssozialisten rein geschäftsmäßig betrachtet. Und was das Blatt heute als unmöglich bezeichnet, kann dort morgen schon zur Tatsache werden. Das kann man schon daraus absehen, daß der „Vorwärts“ Herrn Moske mit Samtpföndchen ansieht und ihm wie auch Herrn Scheidemann nur einen leisen Tadel ausspricht, daß sie die bürgerliche Presse zu Erörterungen über Angelegenheiten der Partei benützen.

Rechtssozialisten und Wehrgesetz

In unserer Kritik in der Sonntagsausgabe „Hilfskuster an der Arbeit“ ist ein bedauerlicher Irrtum enthalten. Es wird dort gesagt, daß die Rechtssozialisten mit den Bürgerlichen gemeinsam gegen die Anträge der Unabhängigen gestimmt hätten. Das ist nicht richtig. Eine ungenaue Ausdrucksweise in dem amtlichen Bericht hatte diesen Eindruck hervorgerufen. In Wirklichkeit aber ist, wie wir in unserer heutigen Morgenausgabe bereits dargelegt haben, die Stellungnahme der drei sozialistischen Parteien im Wehrausschuß völlig einheitlich. Die an diese irrtümliche Voraussetzung geknüpfte Kritik in der Sonntagsausgabe ist deshalb gegenstandslos.

Süddeutsche Ministerkonferenz. Am gestrigen Montag traten die Minister von Bayern, Baden, Hessen und Württemberg in Stuttgart zusammen, um über schwebende politische Fragen zu beraten.

Eine neue Tageszeitung. Die vom Wohlfahrtsminister Stegerwald auf der Essener Tagung des Deutschen Gewerkschaftsbundes angekündigte neue Tageszeitung erscheint am 1. April unter dem Namen „Der Deutsche Tageszeitung für deutsche Volksgemeinschaft“. Die Verlagsleitung hat Otto Stollberg, der frühere Verlagsdirektor der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, die Chefredaktion Dr. Adolf Sartor, der aus seiner bisherigen Tätigkeit als Ministerialrat im Reichswehrministerium ausscheiden wird.

Herausgabe der Boettlingers. Wie mitgeteilt wird, ist die Sammlung der Vortragsnotizen für die Herausgabe vollendet. Mit der Ausgabe des etwa 12 Bände umfassenden Werkes soll im Laufe dieses Jahres begonnen werden. Die Kosten dafür einschließlich der Auslagen der Honorare werden im Haushalt des Reichsministeriums des Auswärtigen für 1921 mit 650 000 M. in Ansatz gebracht.

Shaw in der Volksbühne

Kapitän Braubounds Bekehrung

Neber dieser Komödie könnte als Motto der Shaw des großen Griechischen Philosophen Lao-Tse stehen: „Das Weiche überwindet das Harte“ — das soll heißen: Güte und Liebe sind stärker als Trutz, Haß, Zorn, Stolz, Macht und Gewalt! Aber da Shaw nicht nur ein Dichter, sondern auch ein Humorist ist, so liebt er die großen Worte nicht und Lady Cicely (die Betrückerin des Guten und der Güte in dieser Komödie) hält keine schönen Predigten. Sie ist bloß freundlich und herzlich zu jedermann, zu dem Staatsanwalt so gut wie zu dem Räuber und Venedrüber, zu dem Arbeiterhäuptling wie zu dem Missionar. Sie geht auf jeden zu und gibt ihm die Hand und sagt: „Guten Tag! Wie geht es Ihnen?“ Sie handelt ganz einfach nach dem einfachen Satz: Wenn ich einem Menschen das Beste vertraue, dann schämt er sich, das Schlechte zu tun.“ Und nach dem anderen ebenso einfachen Satz: „Wenn ich wünsche, daß jemand sich wie ein anständiger Mensch verhält, dann muß ich ihn vor allen Dingen erst wie einen anständigen Menschen behandeln.“ Das sind ihre beiden Zauberwörter; mit ihnen wandelt sie getrost und heiter, und besser bewaffnet als mit Gewehren und Pistolen, zwischen fanatischen Arabern und fanatischen Staatsanwälten, zwischen Schmugglern, Räubern, Offizieren und sonstigem afrikanischen Kollisionsfeld einher; und mit ihnen „befehrt“ sie schließlich auch den Schmugglerkapitän und Missionar Braubound. Woju befehrt sie ihn? Zu einem gestützten und ordentlichen Lebenswandel? Das weiß man nicht; das ist auch nicht wichtig. Aber zu der Erkenntnis, daß Güte besser und stärker ist als Gewalt und zu verzeihen besser und schwerer als Rache üben.

Braubound, der Schmugglerkapitän und gefährlichste Hauptmann einer Abenteuerbande an der afrikanischen Küste, will seine Mutter rächen. Ihr Schwager, also sein Onkel, der ehrenwerte Oberrichter Sir Howard Hallam, hat sich Inzest, der unbedeutendste Verbrechen, der kompromittierendsten ewig besoffenen Verwandten, mit Hilfe des Gesetzes und durchaus „rechtmäßige“, aber auch durchaus gemeine Welle entzündet, indem er sie ins Gefängnis brachte. Braubound, der Sohn, kann dem Herrn Oberrichter mit Hilfe des Gesetzes nicht zu Leibe (denn das Gesetz ist immer bei den Stärkeren), also nimmt er sich seine Rache selbst: er tobt den seinen Herrn Onkel in eine Falle und will ihn an einen kristen-schlachtenden Araberhäuptling ausliefern. Da kommt Lady Cicely mit ihren Zauberwörtern und macht ihm klar, daß seine Rache, die er für die wirkliche Gerechtigkeit hält, im Grunde ebenso klein und schäbig ist wie die heuchlerische „Gerechtigkeit“ der Gesetze und der Richter, und daß er wenn er sich rächt, auf dieselbe Stufe sinkt, auf der sein edler Onkel steht. Wenn er, solange sie noch lebendig war, gut und nützlich zu seiner Mutter gewesen wäre, auch wenn sie nicht gut und gütig, sondern besoffen und böse war — das wäre nicht gemein, als wenn er sie nun, nach ihrem Tode, mit pathetischer Gebärde „rächt“.

Braubound wird befehrt. Der Herr Oberrichter? Wird nicht befehrt. Der Richter ist grausamer als der Verbrecher, seine „Ge-

Die einfachen Soldaten

Welche Folgen „unausbleiblich“ sind

Aus weiteren zwei Fortsetzungen des Berichts über die Sitzung des Zentralausschusses der kommunistischen Partei erfahren wir noch einiges über die Ursachen des Krachs in der Zentrale. Die alte Zentrale unter Paul Levi hatte zur Parteispaltung in Italien eine Resolution vorgelegt, worin gefordert wurde, daß ein Teil der kommunistischen Proletarier, die der Gruppe Serrati folgten, von dem Willen besetzt seien, sich auf den Boden der Grundzüge und der organisatorischen Bedingungen der Moskauer Internationale zu stellen. Man müsse deshalb versuchen, eine Einigung zwischen der Gruppe Bordiga-Bombacci und den revolutionären Elementen der Serrati-Gruppe zu bringen. Dagegen gaben Stöcker und Thalheimer die Parole aus, daß die Serrati-Gruppe gar nicht den ernsthaften und ehrlichen Willen gehabt hätte, die reformistischen Führungselemente auszuschließen und den revolutionären Kampf gegen die Bourgeoisie zu führen. Das Vorgehen der Moskauer Initiative in Livorno werde von ihnen gebilligt; die Gruppe Bordiga-Bombacci sei die einzig wahre kommunistische Partei Italiens. Mit 28 gegen 23 Stimmen erhob der Zentralausschuß die Resolution Stöcker-Thalheimer zum Beschluß.

Daraufhin erklärte Klara Zetkin zugleich im Auftrage von Levi, Däumig, Adolf Hoffmann und Otto Straß, daß sie es mit ihren Anschauungen nicht vereinbaren könnten, die Verantwortung für diesen Beschluß zu übernehmen und an seiner praktischen Durchführung mitzuwirken. Um den Schein zu wahren, versuchte man in einer Sitzung der Zentrale die Ausgeschiedenen zur Wiederaufnahme ihrer Ämter zu bewegen. Darauf gingen sie nicht ein, gaben aber am nächsten Morgen eine Erklärung über die Gründe ihres Ausscheidens ab. Es wird darin zuerst festgestellt, daß die Auffassung der Parteizentrale von den italienischen Parteiverhältnissen bis vor kurzem völlig einheitlich gewesen sei, und zwar im Sinne der Resolution, die von der Zentrale zur Beschlußfassung unterbreitet worden war. Damit wird also noch einmal wiederholt, was Levi schon in seinen Ausführungen im Zentralausschuß mitgeteilt hatte, daß nämlich die Stöcker und Konsorten bis kurz vor der Sitzung mit Paul Levi an einem Stränge gezogen haben, dann aber ihren bisherigen Freunden in den Rücken gefallen sind. Die Leute um Stöcker spielen also in der Zentrale der kommunistischen Partei dieselbe heimtückische Rolle, die sie schon als Mitglieder des Zentralkomitees der Unabhängigen Sozialdemokratie gespielt haben. In dessen Sitzungen hatten sie die entscheidenden Beschlüsse mit lassen, nachher aber bekannnen sie sich anders und beschimpften diejenigen als „Reformisten“, mit denen sie bisher einer Meinung gewesen waren. Es ist erklärlich, daß Klara Zetkin und Paul Levi, die im Gegensatz zu anderen anständigen Menschen und ehrliche Kämpfer sind, mit solcher Sorte nicht zusammenarbeiten können.

In der Erklärung wird weiter ausgeführt, daß über die Beschlüsse des zweiten Kongresses der Moskauer Internationale und über die Grundzüge hinaus, die bisher in Deutschland bei der Spaltung der U. S. P., in Frankreich, in der Schweiz, in Norwegen angewendet worden seien, in Italien auch Arbeitermassen aus der kommunistischen Internationale ausgeschlossen worden seien, die nach ihrer Vergangenheit und ihrem revolutionären Willen sehr wohl Mitglieder einer kommunistischen Partei hätten sein können. Wenn eine der R. I. bereits angehörende Partei nach diesen Gesichtspunkten gespalten werde, so sei darin der Versuch zu sehen, „durch den mechanischen Prozeß der Spaltung reinere und feilere kommunistische Parteien zu bilden“. Dieser Versuch könne nicht auf Italien beschränkt bleiben. Der Vertreter der Exekutive in Italien hat erklärt, daß damit ein Exempel statuiert sei, und er habe bereits „auf die kommende Anwendung in Frankreich und Deutschland verwiesen“. Diese Methode könne nie zur Ablösung von Massenparteien führen, sondern lediglich zur Schaffung von einflusslosen Gruppen. Der eingeschlagene Weg sei verhängnisvoll. Die Erklärung sagt weiter:

„Durch Annahme der Resolution Thalheimer-Stöcker hat der Zentralausschuß die von der Exekutive der R. I. in Italien unternommenen Schritte gebilligt. Die Verteidigung dieser Schritte führt aber, soweit sie grundsätzlich geführt wird, zu solchen Grundzügen, die für die Einheit der deutschen Partei in der Zukunft schwere Gefahren in sich birgt.“

Wir sind tief überzeugt, daß eine abermalige Spaltung der deutschen kommunistischen Partei — von Abplitterungen nach

rechts oder links abgesehen — nicht zur Herausbildung einer schlagfertigen kommunistischen Partei führen, sondern nicht nur dem Kommunismus und der Sache der Revolution in Deutschland, sondern darüber hinaus in Europa schweren Schaden und für lange Zeit zufügen wird.

Wir vermögen daher jenen Beschluß nicht zu verteidigen, wie das von einem Mitgliede der Zentrale verlangt werden muß, und vermögen auch nicht überhastigt die Verantwortung für die Folgen zu tragen, die jeneres Ereignisses unausbleiblich sind. Wir legen daher aus diesen Gründen unsere Ämter als Mitglieder der Zentrale nieder.“

Paul Levi, Klara Zetkin und die anderen drei Ausgeschiedenen sprechen offen aus, was nun kommen muß. Sie selbst sagen ausdrücklich, daß die Folgen — die „abermahlige Spaltung der deutschen kommunistischen Partei“ — „unausbleiblich“ sind. Sie erklären zwar in einem Nachsatz, daß sie sich nicht in einen stillen Schmolzwinkel zurückziehen, sondern als „einfache Soldaten“ ihre Pflicht in der kommunistischen Partei weiter tun würden. Darüber haben aber nicht Paul Levi und seine Gesinnungsgenossen zu bestimmen, sondern die Entscheidung darüber, ob sie noch als echte Kommunisten angesehen sind, liegt jetzt bei den Männern in Moskau und ihrem Vertreter in Berlin.

Die Zentrale

Die Zentrale der kommunistischen Partei hatte die Münchener Nationalsozialisten Thomas und Graf, die mit den studentischen Arbeitermädern eine Einheitsfront herstellen wollten, aus der Partei ausgeschlossen. Der Zentralausschuß hat diesen Beschluß wieder rückgängig gemacht und den beiden lediglich eine Rüge erteilt. Graf „wird sofort von München vertrieben und muß sein Landtagsmandat niederlegen“, Thomas soll außerhalb Bayerns „zweckentsprechend“ verwendet werden.

Die Herren Graf und Thomas bleiben also weiter geschäftige Mitglieder der kommunistischen Partei, woran auch die gegen sie erlassenen militärischen Befehle nichts ändern.

Die deutschnationale Korruption

In den „Neuen Westpreussischen Mitteilungen“ vom 10. Februar lesen wir:

19 305,00 Mark Schulden bei der Kreisverwaltung.

Vom Vorsitzenden des Kreis-Ausschusses Rosenberg wird uns geschrieben:

Im Hinblick auf die in Ihrer geschätzten Zeitung als Inserat veröffentlichte Erklärung des früheren kommissarischen Landrats des Kreises Rosenberg, des Herrn Regierungsrats v. Berlen, habe ich im Auftrage des Kreis-Ausschusses mitzuteilen: Der Kreis-Ausschuß hat den Rechtsanwalt Marquardt in Rosenberg beauftragt, von Herrn Regierungsrat v. Berlen, nötigenfalls im Wege der gerichtlichen Klage, der Kreisverwaltung zustehende Beträge von insgesamt 19 305,00 Mark einzuziehen, die teils für persönliche Zwecke verwendet, teils ohne Ermächtigung zurückgehalten worden sind, und ferner über die Verwendung von weiteren erheblichen Beträgen eine Aufklärung herbeizuführen.

Herr v. Berlen wurde unter Protest der gesamten deutschnationalen und deutschvolksparteilichen Presse durch einen geeigneteren Landrat ersetzt. Bei seinem Ausscheiden ließ er seinem Privatauffent noch für drei Monate Gehalt aus der Kreiskasse zahlen und verzinserte außerdem noch sein Auto für 4 Jahr, natürlich auch auf Kosten der Kreiskasse. Er ist also ein würdiger Kumpan seiner Deutschnationalen, die über die Korruption — bei anderen schimpfen.

Kommunistenprozeß in Paris

Vor dem Schwurgericht begann am Montag der politische Prozeß gegen die Kommunisten, die beschuldigt werden, in ein Komplott gegen die Sicherheit des Staates verwickelt gewesen zu sein. Die Anklage steht im Zusammenhang mit dem Generalstreik, der im vorigen Jahre im Anschluß an die Wahlen erklärt wurde. Die Hauptangeklagten sind der Journalist Boris Souhaine, der Lehrer Loriot und Moita vom Ausschuß für die 3. Internationale, ferner der Gewerkschaftsführer der Eisenbahner Monasseau. In der Anklageschrift wird erklärt, die Streikbewegung hätte revolutionären Charakter gehabt. Sie sei auf Veranlassung Lenins und mit Geld geführt worden, das der Ausschuß der 3. Internationale geliefert habe.

Der Ursprung des Menschen

Die Frage nach dem Ursprung des Menschengeschlechtes hat seit uralter Zeit zu den Rätselfragen geführt, die immer wieder aufgeworfen wurden und zuerst im Mythos und in der Dichtung beantwortet, jetzt von der Wissenschaft mit ständigen Verjungen erklärt werden. Die neueste Theorie über dieses so viel erörterte Problem ist von Hilzheimer aufgestellt worden und wird von Professor Franz in der „Naturwissenschaftlichen Wochenschrift“ erörtert. Sie ist sehr bestechend und wird zur weiteren Beschäftigung mit den hier entwickelten Anschauungen anregen. Der Gelehrte geht von der Tatsache aus, daß von zwei verwandten Tieren, von denen das eine im Wald und das andere in der Steppe oder jedenfalls in offener Landschaft wohnt, das Waldtier stets das primitivere ist. Die höchstentwickelten Affen, wie der Kaffertaffel, die am besten entwickelten Schweine, die eigenartigen Hunde, nämlich die Wühnhunde, und die vollkommensten Beuteltiere, die Kängurus, ebenso wie die fortschrittensten Nagetiere, Springhase und Springmaus, sind alles Steppentiere. Einzelne dieser hochentwickelten Tierfüßer besitzen den nach allen Seiten frei beweglichen Kopf auf schlanke Hals, doch über den Schultern wie der Mensch.

Nach diesen Analogien müßte also die Menschwerdung, die Entstehung eines Wesens zum aufrechten Gang, wobei die Hintergliedmaßen verlängert werden, in der Steppe erfolgt sein. Nur in der Steppe konnte sich auch die Kultur entfalten und bis zu ihrem jetzigen Höhepunkt entwickeln. In den Steppen Europas, die sich nach der Eiszeit bildeten, bestand ein reiches Säugetierleben. Diese Tiere, wie Breitflurhase, Meisenhirsch, wolhaariges Rhinoceros und Mammut, zeigten schon durch ihre Körpergröße, daß sie auf einer höheren Stufe standen als die im Wald zurückgebliebenen Verwandten, und besaßen eine weit weniger ursprüngliche Organisation. Diese höher entwickelten Tiere wurden vernichtet, als der Wald wieder in ihre Wohngebiete drang. Wohl konnten Edelhirsch und Reh, obwohl auch sie sich bereits der offenen Landschaft angepaßt hatten, im Walde noch fortleben; die großen Steppensäugetiere aber mußten im Walde zugrunde gehen. Auch wenn Sibirien nie Wald gehabt hat, so würden doch die großen Tiere der Borzoi, Mammut, Bison und Rhinoceros, an ihren nach Süden gerichteten Wanderungen, die sie wahrscheinlich im Winter ausführen, durch einen Waldgürtel gehindert, nämlich durch die heutige Taiga südlich der Tundra. In Nordamerika dagegen, wo der Wald keine Nacht mehr erhält, sondern die Prärie sich unbegrenzt nach Süden erstreckt, ist deshalb auch der Bison erhalten geblieben.

Die neue Theorie weist also nach, daß jedes Heraustrreten aus dem Walde ein Fortschritt hervorruft und daß die Rückkehr in den Wald auf einer gewissen höheren Entwicklungsstufe nicht mehr möglich ist. Wendet man diese Tatsachen auf den Menschen

rechtigkeit“ schlimmer als Rache und die kapitalistische Gesellschaft, gefährlicher als eine afrikanische Räuberbande. Das — und noch vieles andere ist der Inhalt dieser Komödie, in der Bernhard Shaw, der Humorist, der Sozialist, der Dichter (nicht mit wütender und finsterner Wut, sondern mit halb gütigem, halb boshaftem Lächeln) gegen menschliche Dummheiten und Vorurteile kämpft. Auch er steigt nicht durch Zorn, Haß und Gewalt, sondern durch Güte, nicht durch das Drohen mit einer Pistole, sondern durch ein Lächeln.

Die Aufführung der „Volksbühne“ war vielleicht nicht so leicht und leichtbeschwingt, wie man es dem leichten und amüßigen Geist Shaws wünschen möchte. Aber sie gab alles Wesentliche richtig und deutlich. Helene Fehdmer war vielleicht nicht ganz so liebenswürdig und „zum Verlieben“, sie hatte vielleicht nicht ganz den „Charme“ (bis, heiliges Fremdwörterbuch! Ich kann dafür nicht Reich lassen), den Bernhard Shaw seiner geliebten Lady Cicely geben möchte. Aber sie war sehr lieb und gut. Friedrich Kasperler hielt sich sehr zurück, vielleicht etwas zu sehr. Aber die letzten Minuten der letzten Szene machten alles, was vielleicht gefehlt hatte, reiflos gut. Dieser eins, einsige und noch immer verhaltene Ausdruck des Gefühls war schön und erschütternd. Er machte diese letzte, ein klein wenig aus Sentimentale grenzende, Szene zur schönsten des Abends. Mit Guido Herzfeld war ich nicht einverstanden. Ein „beschränkter“ Lump handelt nicht so, daß jeder Teufel von Missionar es im Dunkel merken muß. Herzfeld behandelte sozusagen mit Orchesterbegleitung. „Shaw her“, rief er mit jedem Satz, „was ich heucheln kann!“ Gut machten ihre Sache Julius Sachs und in kleinen Rollen: Heinz Hilpert und Erhard Siebel. Sonderbar, daß ein so tüchtiger Regisseur wie Jürgen Fehling als Schauspieler so unzulänglich sein kann. Ein amerikanischer Kapitanleutnant bestimmt sich nicht wie ein preussischer Offiziersstellvertreter, und ein nicht gerade juristisch vorgebildeter Sportsman und Gentleman ist deshalb noch kein ausgeprägter Trottel. Seine Regie war besser als seine schauspielerische Leistung — manches würde, weniger unterstrichen, härter wirken. Die Bühnenbilder Hans Strohs waren einfach, klar und stark in der Farbe; so mag Afrika wohl aussehen.

Der Vellsall war stark. Wem galt er? Sicher Kasperler und der Fehdmer. Aber ich glaube, doch am meisten Bernhard Shaw — unserem großen (und liebenswürdigen) Genossen.

Hans Siemsen

Beethoven in Japan. Der Wiener Bürgermeister hat dieser Tage einen Brief von der Musikakademie in Tokio erhalten, in dem über ein Festkonzert zum 150. Geburtstag Beethovens berichtet und eine Gedächtnisfeier zu einem Klavierkonzert auf Beethovens Grab überreicht wurde. Das Programm des Konzertes enthielt: Ouvertüre zu „Egmont“, Fleder: „Die Trommel gerührt“ und „Friedens- und Liebes“ (Jungen von Fraulein V. Kagajata), Orchesterstück aus der „Cello“, Klavierkonzert in c-moll mit Orchester (am Klavier Fritz Dura); „Elegischer Gesang für gemischten Chor und Streichorchester“ op. 118. Dirigent: Herr Gustav Krou.

